

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

November 2015

hauptstadt magazin

**Nachtschicht in der JVA Tegel –
Interview mit Justizsenator
Heilmann**



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



Friedhelm Windmüller

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Termin hat perfekt gepasst: Am 16. Oktober hat der dbb berlin seine Personal- und Betriebsräte in einer eintägigen Konferenz auf den geplanten Einzug des E-Government in die Berliner Verwaltung vorbereitet und genau am Tag zuvor hat der Senat das E-Government-Gesetz beschlossen und auf den parlamentarischen Weg gebracht. Ob diese zeitliche Übereinstimmung auch mit einer inhaltlichen einhergeht, muss noch geprüft werden. Die Messlatte dafür hat der dbb berlin schon in seiner Stellungnahme zum Gesetzentwurf erkennen lassen. Mit der Fachkonferenz für die Personal- und Betriebsräte hat der dbb berlin jetzt in einem zweiten Schritt dafür gesorgt, dass an den „IT-Schrauben“ nicht ohne qualifizierte Vertreter der betroffenen Mitarbeiter gedreht wird.

Die Zeichen des digitalen Zeitalters haben auch die Berliner dbb Frauen erkannt und zu einem Social-Media-Seminar geladen. Ergebnis: Vernetzung soll künftig im Fokus der gewerkschaftlichen Frauenarbeit stehen.

Aber auch jenseits von Technisierung und Digitalisierung warten nach wie vor handfeste gewerkschaftliche Herausforderungen. Eine davon war auch Thema beim Landesdelegiertentag von Bündnis 90/Die Grünen, nämlich die wachsende Zahl der prekären Arbeitsverhältnisse in der öffentlichen Verwaltung. Hier hat der dbb berlin bei den politischen Parteien zumindest einen Verbündeten gefunden, wenn es

darum geht, mit unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und Lohndumping beim Land und in den Bezirken aufzuräumen.

Zu den Besonderheiten, die man sich öfter wünschen würde, zählt ganz sicher unser Interview mit Justizsenator Heilmann, der eine Nacht hinter Gittern verbracht hat, um sich persönlich ein Bild von der Situation im Justizvollzug zu machen.

Auch Erfreuliches gibt es zu vermelden. Der Regionalverband Ost der DPVKOM konnte schon zum dritten Mal in Folge einen Mitgliederzuwachs verzeichnen. Seit 12. Oktober wird er außerdem von unserem Kollegen Torsten Jaehne geleitet.

Auch der traditionelle Hauptstadtball „Berlin tanzt“, zu dem die DPoIG am 20. Februar nächsten Jahres einlädt, zählt zu den positiven Ausblicken.

Anregende Lektüre wünscht

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Personal- und Betriebsrätekonferenz:

E-Government für Berlin

Schon zum zweiten Mal hat der dbb berlin in diesem Jahr seine Personal- und Betriebsräte zu einer Konferenz zusammengerufen und zwar am 14. Oktober zum Thema E-Government in der Berliner Verwaltung. Aktueller konnte das Thema dieser 2. Konferenz nicht sein, denn genau am Vortag hatte der Senat den Entwurf eines „E-Government-Gesetzes“ verabschiedet, das jetzt in die parlamentarischen Beratungen gehen wird. „Der Senat von Berlin hat sozusagen eine Punktlandung hingelegt,“ kommentierte denn auch dbb Landeschef Frank Becker bei seiner Eröffnung der Veranstaltung den brandaktuellen Beschluss der Landesregierung.

Sehr genau werde der dbb berlin jetzt überprüfen, inwieweit seine umfangreiche Stellungnahme in den Gesetzentwurf eingegangen ist bzw. in welchen Fragen bei der parlamentarischen Beratung nachgesteuert werden muss. Die Forderungen des dbb berlin zielen insbesondere auf eine frühzeitige Einbindung der Beschäftigten in den Entwicklungsprozess, auf ausreichende qualifizierte Fortbildung und eine aufgabengerechte Personalausstattung ab. Auf keinen Fall dürften E-Government und Digitalisierung der Verwaltungsarbeit Bürgern, die aus persönlichen oder technischen Gründen keinen Zugang zu Onlineverfahren haben, die Wege zur öffentlichen Verwaltung verschließen oder pauschalen Stellenabbau innerhalb der Verwaltung legitimieren. Schließlich



dbb Landeschef Frank Becker bei der Eröffnung der PR-Konferenz.



Manfred Pasutti von der Senatsverwaltung für Inneres und Sport stellte das Berliner Gesetz vor.

fordert der dbb berlin eine frühzeitige Einbindung der Personalräte in Konzeption und Umsetzung.

Begrüßt wurden die Konferenzteilnehmer im Namen des Innenstaatssekretärs Andreas Statzkowski von der Leiterin der Abteilung ZS der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Petra Michaelis-Merzbach, die zugleich in den Vortrag ihres Referatsleiters Manfred Pasutti über das Berliner E-Government-Gesetz einführte.

Vorteile liegen auf der Hand

Damit Klarheit herrschte, über was überhaupt diskutiert werden sollte, leitete Pasutti seine Ausführun-

gen dankenswerterweise mit einer klaren Definition des Begriffes E-Government ein. Gemeint sind damit alle geschäftlichen Prozesse, die im Zusammenhang mit Regieren und Verwalten (Government) mithilfe der Informations- und Kommunikationstechniken (IT) über elektronische Medien abgewickelt werden. Die Vorteile der vorgesehenen umfassenden Einführung von E-Government, das u. a. elektronische Zugänge, öffentliche Bekanntmachungen im Stadtportal berlin.de (open data), elektronische Beteiligungsverfahren, Einführung elektronischer Akten und gemeinsame Datennutzung von Behörden vorsieht, liegen auf der Hand: Mehr Bürgerfreundlichkeit, Transparenz und Partizipation, höhere Servicequalität und mehr Wirtschaftlichkeit werden angestrebt. Insgesamt wird nach Angaben von Pasutti in der Berliner Verwaltung mit 74.000 IT-Arbeitsplätzen gerechnet, die es effizient zu steuern gilt. Vorgesehen ist dafür ein Lenkungsrat, in dem neben Senats- und Bezirksverwaltungen auch ein Mitglied des HPR – allerdings nur mit beratender Stimme – vertreten sein soll. Fazit von Pasutti am Ende seines Vortrags: „Das Berliner E-Government-Gesetz wird nach außen und innen wirken. Es wird die rechtliche Grundlage legen für mehr und bessere Onlineangebote unserer Berliner Verwaltung. Zugleich muss es eine einheitlichere, wirtschaftlichere und schnellere Entwicklung IT und E-Government durch zentrale Entscheidungen ermöglichen – die dezentrale Ressourcenverantwortung bringt uns hier nicht weiter.“



Konrad Kandziora (ITDZ)



Thomas Birk (Bündnis 90/Die Grünen)

Gut aufgestellt

Für die schnellere Entwicklung des E-Government ist der öffentliche Dienst in Berlin nach Einschätzung von Konrad Kandziora vom ITDZ Berlin gut aufgestellt. Das gelte sowohl für die Gesamtdimension elektronischer/digitaler Kommunikation unter Berücksichtigung der verwaltungsinternen Ausrichtung (z. B. elektronische Akte) und der verwaltungsexternen/bürgerorientierten Ausrichtung (z. B. vollständige IT-gestützte und medienbruchfreie Onlineverfahren) als auch für die IT-Infrastruktur/IT-Architektur. „Allerdings bieten sich in allen Bereichen noch sehr große Potenziale, die ausgeschöpft werden können und müssen. Das Modernisierungsprogramm Servicestadt Berlin 2016 ist angetreten, um auf Basis einer zentralen Finanzierung entsprechende Vorhaben verwaltungsübergreifend zu „pushen“, um der dezentralen Fach- und Ressourcenverantwortung und der dadurch eingeschränkten stringenten Steuerung entgegenzuwirken. Das ITDZ Berlin als IT-Landesdienstleister der Berliner Verwaltung stellt alle Basisdienste und eine zentrale moderne IT-Infrastruktur für vorhandene und noch zu etablierende IT-Onlinevorhaben zur Verfügung“, so Kandziora wörtlich. Sein abschließendes Fazit: Das Glas ist halbvoll.

Verlorene Zeit

Die letzten vier Jahre unter der SPD/CDU-Koalition wertet dagegen der Sprecher für Verwaltungsmoder-

nisierung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus, Thomas Birk, als verlorene Zeit für E-Government. „Das E-Government-Gesetz kommt viel zu spät und wird in dieser Legislaturperiode keine Wirkung mehr zeigen“, kritisierte Birk vor den dbb Personal- und Betriebsräten. Nur mit erklärtem politischen Willen, mehr zentraler Steuerung, Unterstützung und Finanzierung könne die Einführung der elektronischen Akte gelingen. Dabei müsse das Hauptaugenmerk auf die Einbindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Wechsel gelegt werden.

Chancen und Risiken der elektronischen Akte wägte Volker Franke von der dbb akademie in seinem Vortrag ab: „Die E-Akte bietet große Chancen, die Arbeit in der öffentlichen Verwaltung zu verbessern und zu erleichtern. Durch den möglichen Zugriff auf die Akte von unterschiedlichen Orten und zu jeder Zeit erhöht sich das Potenzial für eine digitale Zusammenarbeit. Allerdings müssen hierfür auch die Abläufe innerhalb der Verwaltung entsprechend angepasst werden. Vieles, was in der Papierakte enthalten sein muss, lässt sich automatisiert durch Protokollierung und vordefinierte Benutzerrollen erledigen.“

Beschleunigter Arbeitsalltag

Allerdings beschleunigt sich dadurch auch der Arbeitsalltag erheblich: Die Zeit vor dem PC-Monitor wird zunehmen und die Konzentration wird stärker herausgefordert, da neben der inhaltlichen Bearbei-



Volker Franke (dbb akademie)



Dirk Krischenowski (DotBerlin)

tung auch komplexe Steuerungsaufgaben wie z. B. das Hinzufügen von Such- und Ordnungskriterien hinzukommen. Die Einführung der E-Akte ist daher eine große Herausforderung für das Veränderungsmanagement und erfordert die umfassende Beteiligung des Personals.“

Den Vorteil geografischer Internetadressen für die Verwaltungsarbeit zeigte der Gründer und Geschäftsführer von dotBerlin, Dirk Krischenowski, in seinem Vortrag auf. Die in den Städten Berlin, Hamburg und Köln sowie den Bundesländern Bayern, NRW und dem Saarland genutzten geografischen Internetadressen bieten für die Kommunikation mit Unternehmen und Bürgern im Rahmen der Digitalisierung und des E-Government eine Reihe von Vorteilen, zu denen u. a. ein schnelleres Auffinden und bessere Merkfähigkeit zählen. Zudem leisten sie einen wichtigen Beitrag für die aufkommende digitale Identität von Bürgern, Staat und Wirtschaft. Das hauptstadt magazin hatte bereits im Oktober darüber berichtet.

Last, but not least, stellten Jeanette Würsch und Sonja Hassler den dbb Personal- und Betriebsräten die Onlinedatenbank „Deutsches Beamten-Jahrbuch Berlin“ vor. Die langjährige verdiente Autorin Evelyn Borchert (gkl berlin) wird künftig aus Altersgründen nicht mehr zur Verfügung stehen. Der dbb berlin sucht dringend eine engagierte Mitarbeiterin bzw. einen engagierten Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes für ihre Nachfolge. ■

Bündnis 90/Die Grünen

Tarifvertrag für Honorarkräfte gefordert

Bündnis 90/Die Grünen wollen offenbar nicht länger hinnehmen, dass immer mehr öffentliche Aufgaben und Aufträge in den Berliner Bezirken zu prekären Arbeitsbedingungen erbracht werden. Bei ihrer Landesdelegiertenkonferenz am 10. Oktober 2015 forderten sie deshalb in einem ersten Schritt Verhandlungen zwischen dem Senat und den gewerkschaftlichen Vertretungen über einen Tarifvertrag für die Honorarkräfte an den Musik- und Volkshochschulen.

Für diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit arbeitnehmerähnlichem Status sollen analog zu den sogenannten festen Freien an Rundfunkanstalten tarifliche Regelungen vereinbart werden, die unter anderem Ausgleichszahlungen im Krankheitsfall und bei Mutterschutz, einen Mindestbeschäftigungsumfang und eine Altersvorsorge vorsehen. Gewährleistet werden müsse auch eine Interessenvertretung der Beschäftigten sowie die Orientierung ihrer Honorarhöhe an den Tarifentwicklungen im Berliner öffentlichen Dienst.

Auf besonders offene Ohren stieß dieser Beschluss des Landesdelegiertentages bei den beiden Ehren Gästen der Veranstaltung, Frank Becker (Vorsitzender des dbb berlin) und Michael McLaughlin (Geschäftsführer der gkl berlin), die schon lange Sturm gegen die Aushöhlung der tariflichen Beschäftigung im öffentlichen Dienst laufen und insbesondere folgende Feststellung im Beschluss der Bündnis 90/Die Grünen nur unterstreichen konnten: „Wenn Berlin ein Vorbild im Kampf gegen Prekarität und Lohndum-



Waren sich einig im Kampf gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse: dbb Landeschef Frank Becker, die beiden Fraktionsvorsitzenden Ramona Pop und Antje Kapek sowie der Landesgeschäftsführer der gkl berlin, Michael McLaughlin (von links)

ping sein will, müssen Land und Bezirke bei denen anfangen, die in ihrem Auftrag die Daseinsvorsorge in der Stadt aufrechterhalten.“ ■

Urlaub darf nicht gekürzt werden

Der Urlaubsanspruch, den ein Arbeitnehmer während einer Vollzeitstätigkeit erworben hat und nicht in Anspruch nehmen konnte, darf bei einem Wechsel zu einer mit einer Reduzierung der Wochenarbeitsstage verbundenen Teilzeitbeschäftigung nicht gekürzt werden.

Das hat der EuGH am 13. Juni 2013 (C-415/12; Brandes) im Fall einer niedersächsischen Tarifbeschäftigten entschieden, die den ihr aus einer Vollzeitbeschäftigung zustehenden Resturlaub wegen zusammenhängender Zeiten eines Beschäftigungsverbotens wegen Schwangerschaft und Zeiten des Mutterschutzes nicht in Anspruch nehmen konnte.

In einem Rundschreiben hat die Senatsverwaltung für Inneres und Sport jetzt klargestellt, dass sich

der Beschluss des EuGH auf den Tarifbereich und die entsprechenden Tarifnormen bezieht. Für den Beamtenbereich und die Anwendbarkeit der einschlägigen Erholungsurlaubsverordnung ergäben sich zunächst keine unmittelbaren Konsequenzen.

Beamtinnen und Beamte sollen jedoch darauf hingewiesen werden, dass sie mit der Inanspruchnahme des Urlaub noch vor einer Reduzierung der Wochenarbeitsstage eine Kürzung vermeiden können.

Vonseiten der Senatsverwaltung bestehen auch keine Einwände, wenn die Gründe, aus denen Urlaubsansprüche nicht vor der Reduzierung der Wochenarbeitsstage abgewickelt werden konnten, festgehalten werden, falls es später zu Rechtsstreitigkeiten kommt. ■

**Interview mit
Thomas Heilmann
über seine Nachtschicht
in der JVA Tegel**

Hinter Gittern



Justizsenator Thomas Heilmann

Der Berliner Justizvollzug leidet seit Jahren unter Personaleinsparungen, organisatorischen Umbrüchen und ständiger Überlastung seiner Beschäftigten. Die Folge sind hohe Krankenstände und wegen der jahrelang verschleppten Neueinstellungen eine ausgesprochen ungesunde Altersstruktur. Immer weniger Personal stehen immer gewaltbereitere Gefangene und erhebliche Sicherheitsprobleme in den Anstalten gegenüber. Der BSBD Berlin hat seit Jahren wegen dieser Missstände Alarm geschlagen und die Politik zum Handeln aufgefordert. Justizsenator Thomas Heilmann hat sich selbst ein Bild von der Situation in den Berliner Gefängnissen machen wollen und eine Nacht in der JVA Tegel verbracht. Über die Erkenntnisse, die er in dieser „Nachtschicht“ gewonnen hat, hat er dem hauptstadt magazin in einem Interview Rede und Antwort gestanden:

hauptstadt magazin: Herr Heilmann, Sie haben vor ein paar Wochen eine Nacht in Tegel verbracht. Warum?

Heilmann: Es hatte im Sommer in einigen Anstalten, auch in Tegel, einige sehr unschöne Zwischenfälle gegeben. Ich wollte aus erster Hand erfahren, wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Arbeitssituation empfinden. Außerdem bin ich ein großer Anhänger der direkten Kommunikation. Wenn Sie ungefilterte Meinungen oder auch Vorschläge hören wollen, müssen Sie direkt mit den Menschen reden.

hauptstadt magazin: Und dann standen Sie einfach mal abends überraschend vor der Personalpforte oder wie muss man sich das vorstellen?

Heilmann: Nein, ganz so undercover war es nicht. Der Anstaltsleiter war eingeweiht und vielleicht noch drei bis vier weitere Mitarbeiter. Als ich dann einmal da war, hat sich die Nachricht allerdings ziemlich schnell herumgesprochen.

hauptstadt magazin: Und? Was sind Ihre wesentlichen Erkenntnisse?

Heilmann: Ich habe mich bestätigt gesehen, dass es richtig war, im Senat den Einsparbeschluss zu kippen, sodass wir wieder Personal aufbauen können. Fakt ist: Wir brauchen mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im allgemeinen Vollzugsdienst und wir werden sie bekommen. In den nächsten zwei Jahren bilden wir rund 250 Vollzugsbedienstete aus. Darüber

hinaus werden mit dem neuen Doppelhaushalt 2016/2017 die finanziellen Voraussetzungen geschaffen, dass es zu einem faktischen Personalaufwuchs im Umfang von insgesamt bis zu 100 Bediensteten kommen kann. Hierunter fallen auch Mitarbeitende, die die Zentrale IT-Stelle personell verstärken. Im Senatsbeschluss konnte ich einige Investitionen u. a. für Moabit, für den Abriss der Teilanstalt I in Tegel, für die Brücke in Plötzensee erreichen. Die Abgeordneten haben jetzt zusätzlich noch Geld für den Einsatz von Drogenspürhunden bereitgestellt. Ich denke, dass wir dadurch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Anstalten wirklich unterstützen.

hauptstadt magazin: Man könnte jetzt sagen, die Leute werden aber schon jetzt gebraucht ...

Heilmann: Das stimmt, aber die Abbauspирale, die der rot-rote Senat seinerzeit in Gang gesetzt hat, lässt sich nicht von heute auf morgen rückgängig machen. Wichtig ist doch, dass wir jetzt die Weichen gestellt haben, um die Personalausstattung in den Anstalten mittelfristig zu verbessern. Außerdem haben wir natürlich parallel überlegt, wie wir auch in der Zwischenzeit die Belastungen für die Kolleginnen und Kollegen reduzieren können. Schon jetzt besteht die Möglichkeit, ausgewählte Bewerberinnen und Bewerber für den allgemeinen Vollzugsdienst vor Beginn ihrer regulären Ausbildung als Tarifbeschäftigte einzustellen.

hauptstadt magazin: Was hat Sie bei Ihrem Aufenthalt am meisten beeindruckt?

Heilmann: Ich habe ja beileibe nicht alles gesehen und nicht mit allen sprechen können. Aber mich haben das Engagement der Mitarbeiter und die Identifikation mit ihrer Arbeit sehr beeindruckt. Ein Beispiel: Eine Mitarbeiterin hatte ein paar Wochen vor meinem Besuch ein sehr belastendes Erlebnis während einer Schicht. Trotzdem war sie nach nur kurzer Krankschreibung wieder engagiert im Einsatz. Es wäre ein Leichtes gewesen, sich für längere Zeit herauszuziehen, aber sie hat sich bewusst dagegen entschieden.

Und es ist doch so: Ohne engagierte Mitarbeiter kommen Sie nicht weit. Die Frauen und Männer im allgemeinen Vollzugsdienst haben den meisten und den direktesten Kontakt zu den Gefangenen. Sie sind es doch, die es als Erste mitkriegen, wenn unter den Gefangenen auf der Station irgendetwas nicht stimmt, wenn es atmosphärische Störungen oder Streit gibt.

hauptstadt magazin: Ganz ehrlich: Bei Ihren Gesprächen wird es doch sicher auch kritische Worte geben haben?

Heilmann: Natürlich. Darum habe ich auch ausdrücklich gebeten. Schönfärberei hilft niemandem. Vieles drehte sich um die Personalausstattung. Da konnte ich ja immerhin eine mittelfristige Verbesserung ankündigen. Auch das Thema Beamtenbesoldung spielte eine Rolle. Es wurde anerkannt, dass nach zehn Jahren Stillstand nun immerhin über zehn Prozent Gehaltssteigerung für Beamte erreicht wurden. Damit liegen wir im Bundesvergleich immer noch nicht gut. Ich werde mich für weitere Steigerungen stark machen, so wie es ja auch gelungen ist, 370 zusätzliche Beförderungspositionen zu erzielen, die in den letzten 15 Monate fast alle besetzt werden konnten.

Und dann drehte sich natürlich vieles um die Gefangenen. So, wie sich die Gesellschaft „draußen“ verändert, spiegelt sich das auch im Gefängnis wider und hat Auswirkungen auf den Berufsalltag.

hauptstadt magazin: Inwiefern?

Heilmann: Wir stehen vor der Herausforderung, dass Mitglieder krimineller Clans häufig nicht das geringste Interesse an einer erfolgreichen Resozialisierung haben, um im Anschluss an die Haft ein straffreies Leben zu führen. Die wollen gar kein straffreies Leben. Die treten im Gefängnisalltag deshalb natürlich auch anders auf. Ganz abgesehen davon, dass alle Formen der organisierten Kriminalität vor Gefängnistoren nicht haltmachen. Da müssen Sie ständig wachsam sein und mit Entschiedenheit gegenhalten. Dann haben wir das Thema Islamismus/Salafismus. Wir haben in diesem Sommer dazu Leitlinien für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entwickelt. Die helfen hoffentlich, Gefährder und Gefährdete rechtzeitig zu identifizieren, um entsprechend handeln zu können.

Das alles geht aber nur, wenn wir genügend und gut ausgebildete Vollzugsbedienstete auf den Stationen haben.

hauptstadt magazin: Würden Sie das noch mal wiederholen oder haben Sie jetzt genug Gefängnisluft geschnuppert?

Heilmann: Vielleicht nicht noch mal eine ganze Nacht. Ich muss zugeben, ich war doch ganz schön gerädert am nächsten Tag, weil ich ja Donnerstag erst ganz normal meiner Senatortätigkeit nachgegangen bin, nachmittags vom Büro nach Tegel und am nächsten Morgen aus Tegel wieder direkt ins Büro gefahren bin. So richtig viel geschlafen hatte ich in Tegel nicht. Ich habe aber so viele wichtige Eindrücke und Informationen mitgenommen, dass ich mir etwas Ähnliches durchaus vorstellen kann. Aber das ist immer auch eine Zeit- und Terminfrage. ■

DPVKOM

Führungswechsel beim Regionalverband Ost



Torsten Jaehne ist neuer kommissarischer Vorsitzender des Regionalverbandes (RV) Ost der DPVKOM. Der Regionalgewerkschaftsrat Ost wählte den 32-jährigen bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden nach dem Rücktritt der früheren Amtsinhaberin am 12. Oktober in Berlin an die Spitze des Regionalverbands. Der dbb berlin wünscht Jaehne, der den Regionalverband Ost bereits im Landeshauptvorstand des dbb berlin vertreten hat, im neuen Amt viel Glück und Erfolg. Zum neuen Jugendvorsitzenden des Regionalverbandes wurde Fabian Lubin (22), der als Zusteller in Tempelhof arbeitet, gewählt. Auch ihm gratuliert der dbb berlin zur Wahl und wünscht alles Gute.



Der Landesvorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, gratuliert dem neuen kommissarischen Vorsitzenden des RV Ost, Torsten Jaehne, zu seiner Wahl.

Gast der Veranstaltung war der DPVKOM-Bundesvorsitzende Volker Geyer, der den Kolleginnen und Kollegen im Regionalverband seinen Dank für die Unterstützung im Poststreik aussprach. Darüber hinaus kritisierte der Bundesvorsitzende die Pläne der Deutschen Telekom zur Verlagerung oder Schließung weiterer Standorte.

Mit einer besonders positiven Nachricht konnte Gewerkschaftssekretär Michael Wittig aufwarten, der über die aktuelle Situation im Regionalverband informierte: Schon zum dritten Mal infolge konnte ein Mitgliederzuwachs verzeichnet werden. ■

Bundestag bereinigt Rechte von Lebenspartnern

Der Deutsche Bundestag hat am 16. Oktober ein Gesetz zur Bereinigung des Rechts der Lebenspartner beschlossen, mit dem unterschiedliche Behandlungen von Ehen und Lebenspartnerschaften, für die kein überzeugender Grund vorliegt, aus den Rechtsvorschriften beseitigt werden.

Im Wesentlichen handelt es sich um redaktionelle Änderungen von Vorschriften mit geringerer praktischer Bedeutung.

Eine Ausnahme bildet eine Änderung im Personenstandsgesetz, wonach Personen, die im Ausland eine

gleichgeschlechtliche Ehe schließen wollen, künftig in Deutschland ein Äquivalent zum Ehefähigkeitszeugnis ausgestellt bekommen können.

In einigen Staaten ist dies Voraussetzung für eine Heirat bzw. die Eintragung einer Partnerschaft. ■



Social Media – mehr als Informationsplattformen

Petra Woosmann (4. v. r.) mit den Teilnehmerinnen des dbb Frauenseminars

„Social Media und die Vernetzung der Mitgliederinnen im dbb werden künftig im Fokus unserer Arbeit stehen.“ Das hat die Vorsitzende der Frauenvertretung des dbb berlin, Petra Woosmann, am 21. September 2015 vor den Teilnehmerinnen eines dbb Frauenseminars angekündigt.

Einer der größten Fehler in der Öffentlichkeitsarbeit der Gewerkschaften sei es, Facebook und Co. nur zur einseitigen Informationsweitergabe zu nutzen. Denn Social Media bieten viel mehr: Insbesondere durch gemeinsames Chatten könnten sehr leicht direkte Mitglieder- und Interessenbeziehungen aufgebaut werden – und das völlig kostenfrei.

Für Gewerkschaften, die sich in den sozialen Netzwerken bewegen, eröffnet sich nach Überzeugung der Seminarteilnehmerinnen damit die Chance, neue

Mitglieder zu gewinnen bzw. ihre Mitgliederzahlen zu stabilisieren.

Das Thema „Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit in der Gewerkschaft – Social Media. Besonders in der Frauenarbeit“ war bei dem Seminar am 21. September 2015 intensiv bearbeitet worden.

*Synnöve Nüchter,
stellv. Vorsitzende der gkl berlin*

Trauer um Egbert Jancke

Der dbb berlin trauert um seinen ehemaligen Landesvorsitzenden Egbert Jancke, der am 30. September 2015 im Alter von 82 Jahren in Kroatien verstorben ist.

Jancke stand von 1985 bis 1996 an der Spitze des dbb berlin. Zuvor hatte er von 1962 bis 1973 das Amt des VBE-Landesvorsitzenden in Berlin bekleidet. 1974 übernahm er bis 1979 den Bundesvorsitz seiner Fachgewerkschaft.

Hohe Verdienste hat sich Egbert Jancke nicht nur mit seinem gewerkschaftlichen Engagement erworben, sondern auch durch seinen unermüdlichen Einsatz in der Berliner Schulpolitik. Im Jahre 2003 wurde Jancke, der bis zu seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst als Leitender Oberschulrat im pädagogischen Grundsatzreferat beim Berliner Schulsenator tätig war, dafür aber auch für seine Anstrengungen um die Integration von Bürgern nichtdeutscher Herkunft und für die Ausgestaltung der Domäne Dahlem als Anziehungspunkt für Schülerinnen und Schüler mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Der dbb berlin wird Egbert Jancke ein ehrendes Andenken bewahren.



Vielfältige Beziehungen zwischen Deutschland und Taiwan

Seit vielen Jahren gibt es nicht nur vielfältige Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Taiwan, sondern auch einen ständigen Austausch der dbb jugend mit den öffentlichen Bediensteten des Landes. Für das hauptstadt magazin Grund genug, seine im letzten Jahr mit einer Vorstellung der US-Botschaft begonnene Berichterstattung über Auslandsvertretungen in Deutschland mit der Taipeh-Vertretung fortzusetzen.



Beim Nationalfeiertag

Taipeh-Vertretung

Eine positive Bilanz über die deutsch-taiwanische Zusammenarbeit zog die Repräsentantin der Taipeh-Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland, Agnes Hwa-Yue Chen, zum 104. Nationalfeiertag ihres Landes am 8. Oktober 2015 in Berlin.

Deutschland wichtigster Handelspartner

Danach findet sowohl auf wirtschaftlichem und technologischem Gebiet als auch in den Bereichen Bildung, Umweltschutz, Kultur zwischen den beiden Ländern regelmäßig ein enger Austausch statt. Das bilaterale Handelsvolumen betrug im vergangenen Jahr 15,5 Milliarden US-Dollar, was gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 12 Prozent bedeutet. Deutschland bleibt damit der größte Handelspartner Taiwans in Europa und Taiwan immerhin der fünftgrößte Handelspartner Deutschlands in Asien. Mit Hilfe des von Deutschland geförderten Projekts Industrie 4.0 hofft Taiwan, deutsche Fortschrittstechnologie und taiwanische Produktivität noch besser kombinieren zu können, um zusätzliche Geschäftsmöglichkeiten zum beiderseitigen Vorteil zu generieren. So gäbe es zwischen der Taiwan Railway Administration und der Deutschen Bahn AG bereits eine Absichtserklärung über künftige Zusammenarbeit. Auch im Bildungsbereich existieren Absprachen über eine verstärkte Kooperation.

Klimaschutz vorangetrieben

In Sachen Klimaschutz hat Taiwan in diesem Jahr ein Gesetz zur Emissionsreduzierung und zum Management von Treibhausgasen verabschiedet, mit dem bis zum Jahr 2050 die Treibhausgasemission auf 50 Prozent des Ausstoßes von 2005 verringert werden soll. Das Land dürfe deshalb nicht länger von der internationalen Zusammenarbeit in der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) ausgeschlossen bleiben, forderte die taiwanische Repräsentantin. Dasselbe gelte für die internationale Flugsicherung.

Sicheres Reiseland

Der Jugendaustausch Taiwans, an dem auch die dbb jugend regelmäßig beteiligt ist, wird in Form eines „Working Holiday Program“ mittlerweile mit 13 Ländern gepflegt. Für einen Urlaubs-, Studien- oder Arbeitsaufenthalt in Taiwan spreche nicht zuletzt, dass das sich Land zu den sichersten der Welt zählen darf und flächendeckend über Internetzugänge verfügt. Eine britische Reisesuchmaschine hat Taiwan sogar als eines der fünf besten Reiseziele für 2015 empfohlen.

Umgekehrt sind auch die Taiwaner gern gesehene Besucher in anderen Ländern. Mittlerweile würde ihnen in 153 Staaten eine visumfreie Einreise bzw. ein sogenanntes Landing Visum gewährt. ■

Berliner Parteien:

Gemeinsam Zeichen setzen!

Große Einigkeit herrscht bei den Berliner Parteien SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, wenn es darum geht, ein Zeichen zu setzen für Berlin als eine menschliche, weltoffene und demokratische Stadt. Eine Stadt, in der geflüchtete Menschen willkommen sind, wenn sie Schutz benötigen.

In einem gemeinsamen Aufruf haben sie sich deshalb gegen rassistische Aussagen gewandt, die Ängste auf dem Rücken notleidender Menschen schüren. „Wir betrachten es daher als unsere demokratische Pflicht, dem Treiben der AfD in Berlin entschieden entgegenzutreten. Denn in unserer Hauptstadt ist kein Platz für rassistischen Populismus, wie er von



der AfD aus politischem Kalkül betrieben wird“, heißt es wörtlich weiter in dem Aufruf.

Den geplanten Kundgebungen der AfD sollen Bürgerinnen und Bürger deshalb den Protest einer weltoffenen Stadt entgegensetzen, damit nicht unwidersprochen öffentlich gegen Flüchtlinge gehetzt werden kann. Die AfD hat (bei Redaktionsschluss) zwei Demonstrationen noch im Oktober und eine weitere am 7. November um 13 Uhr ab Neptunbrunnen vor dem Roten Rathaus geplant. ■

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin. **E-Mail:** post@dbb.berlin. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Media-center, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacyenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Anzeigentarif** Nr. 13, gültig ab 1. 10. 2015. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Fotos:** dbb berlin, Titelbild: JVA Tegel, Berlin. Foto: dbb berlin. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.



MEV

Mehrfamilienhäuser:

Haustür muss unverschlossen bleiben

Die Haustüren von Mehrfamilienhäusern dürfen nicht abgeschlossen werden, um den Fluchtweg der Bewohner nicht zu behindern. Das hat das Landgericht Frankfurt am Main (Az.: 2-13 S 127/12) entschieden.

Der Schutz von Leben und Gesundheit ist wichtiger als das Sicherheitsbedürfnis der Bewohner, urteilten die Richter und kippten den Beschluss einer Wohnungseigentümergeinschaft, die Haustür nachts zu festgelegten Zeiten abzuschließen.

Bei einem Feuer etwa, heißt es in der Urteilsbegründung, müssen Bewohner schnell fliehen kön-

nen, auch wenn der richtige Schlüssel gerade nicht griffbereit sei. Bei geschlossener Haustür säßen sie in der Falle.

Eine Alternative kann der Einbau einer Tür mit Panikschloss sein, die sich von außen verschließen aber von innen öffnen lässt. Unbefugte würden auf diese Weise am Zutritt zum Haus gehindert, der Fluchtweg bliebe aber unversperrt. ■

